NACHRICHTEN AG

23. Mai 2025

Verwaltung ignoriert Fußgängerschutz: SPD schlägt Alarm in Eil!

Verwaltung lehnt Fußgängerschutzantrag der SPD in Eil ab. Kritiker fordern schnelle Lösungen für Verkehrssicherheit.

Bonner Straße, 51149 Köln, Deutschland - Im Stadtteil Eil sorgt eine aktuelle Mitteilung der Verwaltung für Unmut unter den Bürgern und der SPD. Der Antrag der SPD-Fraktionschefin Jutta Komorowski zur Erhöhung des Fußgängerschutzes an der Kreuzung Bonner Straße und Berger Straße wurde abgelehnt. Die Verwaltung sieht die sichere Querung für Fußgänger als gegeben an. Sie argumentiert, dass der Einmündungsbereich frei von Einbauten und parkenden Fahrzeugen sei, was die Sicht für Fußgänger verbessere. Darüber hinaus basiert diese Einschätzung auf einem Sachstandsbericht aus dem Jahr 2023, der besagt, dass die Geschwindigkeit der Fahrzeuge aufgrund der schmalen Fahrbahn gering sei. Dennoch zeigt sich die SPD enttäuscht über die langsame Bearbeitung des Antrags, der

bereits im Juni 2020 eingereicht wurde.

Komorowski kritisiert die späte Rückmeldung als respektlos gegenüber den Bürgern und fordert eine zügige Prüfung aller Anliegen. Im August 2023 erhielt die SPD Informationen zum Sachstand, die jedoch nicht fristgerecht bei ihnen angekommen waren. Diese Verzögerungen haben die Fraktion zu weiteren Nachfragen veranlasst, deren Antworten ebenfalls lange auf sich warten liesen. Ein weiterer SPD-Vertreter, Pascal Pütz, bemängelt das Verfahren und bietet an, das Problem mit einfachen Maßnahmen, wie etwa Farbsignalisierung, zu lösen.

Problematik der Sichtverhältnisse

Bürgerinnen und Bürger haben zudem auf Schwierigkeiten an der T-Kreuzung hingewiesen, bei der der Rad- und Fußweg durch einen Grünstreifen getrennt ist. Insbesondere die Lage des Radwegs, der auf der Fahrbahn eingezeichnet ist, könnte zu gefährlichen Situationen führen. Hierbei fahren Verkehrsteilnehmer häufig bis zum Radweg und ignorieren Fußgänger. Auch parkende Fahrzeuge tragen zur Behinderung der Sicht im Kreuzungsbereich bei und erhöhen das Risiko für Unfälle.

Fußgänger stellen die am häufigsten verletzte Gruppe im Straßenverkehr dar, da sie ungeschützte Verkehrsteilnehmer sind und besonders gefährdet werden. Dies gilt insbesondere für Kinder, ältere Menschen und mobilitätseingeschränkte Personen. Studien zeigen, dass viele Unfälle an Stellen passieren, an denen Fußgänger die Straße überqueren müssen. Laut dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat ist die Sicherheit von Fußgängern durch eine verbesserte Infrastruktur und durch Verhaltensänderungen aller Verkehrsteilnehmer entscheidend zu erhöhen.

Landespolitische Initiativen

Im Bundesverkehrsbereich werden zudem Maßnahmen zur

Verbesserung der Verkehrssicherheit diskutiert. Eine Expertenanhörung über einen Gesetzentwurf der Grünen zur Einführung von Verkehrssicherheitszonen fand am 3. März 2021 im Paul-Löbe-Haus in Berlin statt. Der Entwurf bezieht sich auf die Reglementierung von Lkw ohne Abbiegesicherheitssystemen in geschlossenen Ortschaften, mit dem Ziel, Kollisionen mit ungeschützten Verkehrsteilnehmern zu verhindern. Experten äußerten sich dazu jedoch kritisch und weisen auf erhebliche Bedenken hin.

Wichtige Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger sind die Einführung gesicherter Querungshilfen wie Fahrbahnteiler, Verkehrsinseln oder Zebrastreifen. Auch heute zeigt sich der Bedarf an verkehrssicheren Lösungen, insbesondere an Kreuzungen und Einmündungen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist notwendig, um die Sicherheit für Fußgänger und den gesamten Fußverkehr zu verbessern und eine Vision Zero anzustreben, die auf null Verkehrstote abzielt. Der Druck auf die Verwaltung in Eil könnte dabei helfen, bestehende Probleme schnellstmöglich anzugehen und zeitnahe Lösungen zu finden.

Die Situation in Eil spiegelt somit ein allgemeines Problem wider, das viele Städte betrifft: die unzureichende Sicherheit für Fußgänger und die Notwendigkeit, Infrastruktur und Sicherheitskonzepte prioritär anzugehen. Während eine Überarbeitung bestehender Richtlinien unabdingbar erscheint, ruft die SPD zu einer aktiveren Auseinandersetzung mit den Anliegen der Bürger auf.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Bonner Straße, 51149 Köln, Deutschland
Quellen	• **www.ksta.de** • **www.bundestag.de** • **www.dvr.de**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de